

DIE FACKEL

Nr. 71

WIEN, MITTE MÄRZ 1901

II. JAHR

DER ZIONISMUS – EIN WOHLTÄTIGER ZWECK ¹²

Er wird bekanntlich von der 'Neuen Freien Presse' totgeschwiegen. Ein Blatt, dessen Herausgeber Bacher und Benedikt heißen, kann doch unmöglich anders als allddeutsch fühlen und muß alle separatistischen Tendenzen verabscheuen. Man mag in jeder einzelnen Rubrik im Sinne der alljüdischen Anschauungen wirken; aber man wird nach außen hin stets den Standpunkt der Assimilation vertreten müssen. Assimilation um jeden Preis. Es muß dazu kommen, daß in den Gewohnheiten und Anschauungen der beieinander wohnenden Gruppen die annoch trennenden Unterschiede verwischt werden, und wenn sich dank dem korrosivischen Einfluß einer mächtigen Börsenjournalistik die ersehnte Assimilation der Bevölkerung an die Abonnenten der 'Neuen Freien Presse' vollzogen hat, — bedarf's der anderen Assimilation nicht mehr. Da kommen nun die Zionisten her, stören den Verschmelzungsprozeß und wollen das Problem durch räumliche Entfernung aus der Welt schaffen. Es ist kein bloßer Zufall, daß der Mann, der die Vertreibung der Abonnenten der 'Neuen Freien Presse' mit allen Mitteln durchsetzen möchte, auch Sonntagshumorist dieses Blattes ist. Und doch ist Herr Herzl nur zu oft den Gefahren der Inkompatibilität ausgesetzt, die die Stellung eines Propheten und die Stellung eines Feuilletonredakteurs in sich schließen, wenn sie ein und derselbe Mann bekleidet. Hier noch mondän auf großem Fuß leben und mit dem andern schon im Lande der Väter sein — das scheint auf die Dauer unverträglich. Und mit dem Zionismus will's nicht recht vorwärts. Es geht ihm wie allen Ideen, denen die Unterstützung der 'Neuen Freien Presse' fehlt: sie bleiben unbekannt oder geraten bald in Vergessenheit. Vielleicht ändert sich dieses feindliche Verhältnis, wenn einst die jüdische Nationalbank ins Leben treten sollte. Vorläufig kann Herr Herzl in seiner eigenen Redaktion nicht das Geringste für sich durchsetzen. Man erlaubt ihm, die Juden durch gewisse am Sonntag erscheinende Beiträge unzufrieden zu machen; davon, daß er sie zum Auswandern bringen möchte, will man nichts wissen. Hier gilt allen separatistischen Gelüsten zum Trotz noch immer der alte Grundsatz: Bleibe im Lande und nähre dich unredlich. Herr Herzl kann Herrn Benedikt noch so intensiv auf Spaziergängen die Heilsamkeit der jüdischnationalen, der Rassenanschauung klar machen, Herr Benedikt bleibt bei seinem Standpunkt: Assimilation — der Christen ³ !

Nichts zu machen! Und die Stellung bei der 'Neuen Freien Presse' aufgeben, das Carltheaterreferat niederlegen, diesen seßhaften Herausgebern, die für alles, nur nicht für Ideale zu haben sind, offene Fehde künden? Das

1 Siehe Nr. 5 der 'Fackel': »Ich und die 'Neue Freie Presse'«

[KK]

2 KKs Bericht vom Baseler Zionistenkongreß in »Eine Krone für Zion« auf dieser Homepage.

3 Heute, 2012, sehen wir, daß Herr Benedikt recht hat. Auch wir passen uns den Mohammedanern an, nicht sie uns. Das nennen wir Integration und alle Politiker (das ist der kriminelle und ungebildete Teil der Bevölkerung) bestärken uns darin.

wäre tollkühn; das hieße um einer doch immerhin utopischen Zukunft willen die gute Gage von sechstausend Gulden opfern. Und dann: Propete hin, Propete her — das Weltkind bleibt doch immer die Hauptsache. So lebt man denn in schöner Verbitterung dahin, verwertet die in der Redaktion erlebten Enttäuschungen zu einem stillen Gram und kann schließlich froh sein, auf diesem Wege allmählich die Anlagen zu jenem »tausendjährigen Schmerz« zu gewinnen, der in zionistischen Versammlungen so gute Wirkung macht...

Aber eines Tages zwingt man die Verstockten doch zur Anerkennung. Sie sagen zwar in unbegreiflicher Verblendung noch immer nicht, *was* sie anerkennen, aber sie erkennen an. Da wird der Wechselstubenbesitzer Vogl unter dem Verdachte verhaftet, um den Privatier Taubin erbgeschlichen zu haben. Und in dem Berichte, den die 'Neue Freie Presse' über die Affäre bringt, heißt es: »Ein hiesiger Schriftsteller erhielt eines Tages von Taubin, den ein Bekannter hierzu veranlaßt hatte, eine Spende, die er durch seine Vermittlung *einem wohltätigen Zwecke* zuwenden sollte.« Welcher Schriftsteller? Welcher Zweck? Die erste Frage beantwortet die 'Neue Freie Presse', die andere soll sich von selbst beantworten: »Der Schriftsteller war Herr Dr. Theodor Herzl« — heißt es am nächsten Tage — »Taubin sprach bei ihm vor, um ihm 200.000 Gulden zur Verfügung zu stellen, damit Herr Dr. Herzl sie *einer bestimmten humanen Widmung* zuführe.« Also noch immer nicht bestimmt. Dennoch kennt man jetzt den Zweck, und ein Blick in das 'Neue Wiener Tagblatt' vom selben Tage verschafft uns volle Gewißheit. Dort heißt es: »Es wird erzählt, daß er eines Tages einen Wiener Führer der zionistischen Bewegung zu sich bitten ließ und ihm eine bedeutende Summe für die Zwecke dieser Utopie zur Verfügung stellen wollte.« Hier ist zwar nicht der Schriftsteller genannt, dafür aber der Zweck. Dem 'Neuen Wiener Tagblatt' ist jener als Redaktionsmitglied des Konkurrenzblattes fast so unbequem wie der 'Neuen Freien Presse' der Zweck. Aber daß dieser ein wohltätiger ist, hat die 'Neue Freie Presse' immerhin feierlich anerkannt. Die Auswanderung der Juden nach Palästina wird vom 'Neuen Wiener Tagblatt' eine Utopie, von der 'Neuen Freien Presse' eine Wohltat genannt. Herr Herzl kann mit diesem Erfolge zufrieden sein. Die 200.000 Gulden hat er zwar zurückgewiesen, und die 'Neue Freie Presse' begründet dies mit der Erklärung, daß Herr Herzl von einem Manne, der ihm »kein geistig gesunder Mensch« zu sein schien, eine »Schenkung für wohltätige Zwecke« nicht annehmen wollte. (Mir erscheint die ganze Sache mysteriös; Herr Herzl hatte wohl einen andern Grund für die Ablehnung; denn daß einer, der 200.000 Gulden für den Zionismus spenden will, »kein geistig gesunder Mensch« ist, mußte er von vorneherein wissen.) Aber die, wenn auch noch halbverschwiegene, Anerkennung der 'Neuen Freien Presse' wird die Zionisten für den Verlust entschädigen.

Die innere Sympathie des liberalen Blattes für die Selbständigkeits-tendenzen des Judentums ist endlich klargelegt. Und so erscheint mir denn heute die Begründung, mit der unser Oberster Gerichtshof seinerzeit die Klage des Verlegers meiner antizionistischen Schrift »Eine Krone für Zion« gegen die 'Neue Freie Presse' abwies, vollkommen plausibel. Die Administration der 'Neuen Freien Presse' hatte ein Inserat, das eine Ankündigung der »Krone für Zion, satirischen Streitschrift *gegen den Zionismus*«, enthielt, angenommen, die Redaktion verweigerte den Abdruck. Der Verleger sah die Quittung, in der die Administration den Empfang der Inseratengebühr bestätigte, als einen Handelsvertrag an und klagte auf Erfüllung. Die meisten Juristen waren sich darüber klar, daß, solange nicht auf den Inseratenscheinen ein ausdrücklicher Vorbehalt der Redaktion verzeichnet steht, das Blatt zur Aufnahme des Inserates verpflichtet ist; der Vertrag sei zustandegekommen und könne nur

für den Fall, daß er »contra bonos mores« wäre oder daß seine Erfüllung strafgesetzliche Konsequenzen nach sich zöge, von dem verantwortlichen Redakteur gelöst werden. Wenn man den Begriff »contra bonos mores« so auffassen wollte, daß der Inhalt des *Inserates* ein unsittlicher sein muß, so hätte die Redaktion der 'Neuen Freien Presse' der Vertragserfüllung gewiß keine Hindernisse in den Weg gelegt, und preßgesetzlich war die Annonce, die nichts als die Ankündigung einer Streitschrift gegen den Zionismus enthielt, sicherlich nicht zu beanstanden. Was war also der eigentliche Grund der Weigerung? Der verantwortliche Redakteur, vor der ersten Instanz als Zeuge befragt, konnte sich, so einleuchtend dies auch gewesen wäre, auf eine Feindschaft der 'Neuen Freien Presse' gegen mich — die »Krone für Zion« war lange vor der ersten Nummer der 'Fackel' erschienen — beim besten Willen nicht berufen. Ich sage: beim besten Willen nicht; denn als die Verhandlung beim Bezirksgericht für Handelssachen stattfand, war die 'Fackel' schon vier Nummern alt. Aus der unbequemen Enge zwischen Eid und Redaktionsgeheimnis heraus stöhnte schließlich der verantwortliche Redakteur unter der schallenden Heiterkeit aller Zuhörer, die allzugrellen Worte »Satirische Streitschrift« hätten der 'Neuen Freien Presse' nicht gepaßt. Als ihm aber entgegengehalten wurde, daß ja viel später sogar das Erscheinen der 'Fackel' im Inseratenteil der 'Neuen Freien Presse' als das eines »satirischen Kampfblattes« angekündigt wurde und ein regelmäßiges Kampfblatt gewiß ein noch gefährlicheres Ding sei als eine einmalige Streitschrift, stöhnte der verantwortliche Redakteur: »Damals, konnten wir noch nicht wissen! ... Nein, damals konnten wir noch nicht wissen ...!« Auch der Richter vermochte sich der Heiterkeit nicht mehr zu erwehren und fragte den Zeugen nach den wahren Gründen der Ablehnung eines *Inserates*, das doch hundertmal unbedenklicher war als irgend eines der täglich auf der letzten Seite erscheinenden. Da stöhnte der Verantwortliche: Wegen der Engländer haben wir das Inserat abgelehnt!« Wegen welcher Engländer? Gerichtshof und Auditorium harreten gespannt; die Frage der kommunalen Gasablösung beschäftigte damals die liberalen Geister, aber wie hing die »Krone für Zion« mit »den Engländern« zusammen? Ja, die 'Neue Freie Presse' hat in England sehr viele Leser; und unter den Engländern ist der Zionismus sehr verbreitet. Die Ankündigung einer Streitschrift gegen den Zionismus hätte diese Leser mit Recht erregt, und die Engländer sind sehr heikel in diesen Dingen der Ehre.« Ein Lachorkan drohte den armen Mann in seiner schwankenden Position völlig zu erschüttern. Dennoch behielt das Blatt, als dessen Vertreter er erschienen war, in dieser und in den folgenden Instanzen recht, und der Verleger der »Krone für Zion« ward kostenpflichtig abgewiesen. Ich hatte mir damals den wahren Grund der Ablehnung wesentlich anders gedacht, als der verantwortliche Redakteur ihn darstellte: Die 'Neue Freie Presse' will vom Zionismus überhaupt nicht sprechen, und wenn sie als eingefleischte Kosmopolitin ihrem Redakteur Herzl schon nicht den Gefallen tun kann, offen für den Zionismus einzutreten, so ist sie doch ihm zuliebe wenigstens bereit, die Ankündigung einer ihm unbequemen Schrift zu unterdrücken. Erst der Oberste Gerichtshof hat mich durch seine Urteilsbegründung eines Besseren belehrt. Zwar nicht juristisch; denn ich glaube noch immer, daß eine Rücksichtnahme auf Herrn Herzl im Handelsgesetz nicht ausdrücklich als Vorbehalt bei Verträgen zugestanden ist. Aber das Urteil des Obersten Gerichtshofes hat nicht so sehr über die Rechtsfrage wie über das Wesen der 'Neuen Freien Presse' und über ihre Stellung zur Judenfrage entschieden. *Ihre eigene Tendenz* habe der Redaktion der 'Neuen Freien Presse' die Aufnahme einer antizionistischen Ankündigung unmöglich gemacht. Der Oberste Gerichtshof sagt in jener denkwürdigen Ent-

scheidung wörtlich: Es liegt auf der Hand, daß — von Schablonenfällen abgesehen, unter welche das vorliegende Inserat, wie dem Kläger wohlbekannt war, nicht einzureihen ist — ein Inserat nicht nur auf seine preßgesetzliche, sondern auch auf seine Zulässigkeit nach Maßgabe der *Tendenzen des Blattes* und verschiedener nach den Intentionen der Zeitungsunternehmer in Betracht kommender Verhältnisse geprüft wird. Diese Prüfung obliegt aber der Redaktion, und *der Kläger konnte voraussetzen, daß der Gegenstand seines Inserates — die darin angekündigte Broschüre — der Redaktion des Blattes in der Tat die Prüfung der Zulässigkeit des Erscheinens des Inserates nahelegen werde.*«

Die 'Neue Freie Presse' ist somit laut der mit Dekret des k. k. Obersten Gerichtshofes ddo. Wien, am 14. Dezember 1899, Nr. 14699, herabgelangten Entscheidung *ein zionistisches Organ*. Es scheint, daß im obersten Rate ein Satiriker an der über das Juristische weit hinausgehenden Urteilsbegründung mitgewirkt hat. Daß es der Redaktion überlassen bleiben muß, über die Aufnahme von Inseraten zu entscheiden, sehe ich gewiß vor allen anderen Wiener Herausgebern ein; nur hat es sich darum gehandelt, daß ein ausdrücklicher Vorbehalt der Administration bei Entgegennahme des Inserates erfolgen müsse. »Wir prüfen jede Annonce auf ihre Eignung für den redaktionellen Teil,« hat bei jener Verhandlung vor der ersten Instanz derselbe Redakteur ausgerufen, der kurz vorher als Angeklagter jede Verantwortung für ein gotteslästerisches Inserat abgelehnt hatte, weil er Inserate nicht lese. Als Zeuge nahm er einen Standpunkt ein, der uns in Zukunft nicht mehr daran zweifeln lassen wird, daß die Kuppelannoncen der 'Neuen Freien Presse' »den Tendenzen des Blattes« entsprechen. Der Oberste Gerichtshof hat in dankenswerter Weise anerkannt, daß die Redaktion für den Inseratenteil nicht bloß in strafrechtlicher, sondern auch in geistiger Beziehung verantwortlich ist. Aber das Wertvollste an seiner Entscheidung bleibt doch die feine Wendung: »Der Kläger konnte *voraussetzen*«, daß eine zionsfeindliche Annonce nicht mit den Tendenzen der 'Neuen Freien Presse' übereinstimmen werde.

Ich habe mir heute einen langgehegten Wunsch erfüllt und die Geschichte des Streites um »Eine Krone für Zion« ausführlich erzählt, nachdem ich sie wiederholt bei Besprechung von Inseratenfragen angedeutet hatte. Der Leser mag sie als die in Nr. 5 der 'Fackel' angekündigte Fortsetzung des Aufsatzes »Ich und die 'Neue Freie Presse'« betrachten. Ich gedachte damals hauptsächlich das eigentümliche Verhältnis des führenden liberalen Blattes zum Zionismus zu schildern und hierbei von dem Handelsprozeß auszugehen, den der Verleger meiner »Krone für Zion« gegen die 'Neue Freie Presse' vor zwei Jahren geführt hat. In zahlreichen Bemerkungen habe ich inzwischen den Inhalt dieser »Fortsetzung« ausgegeben und ihn heute endlich, bevor der zweite Jahrgang der 'Fackel' vollendet ist wieder zu längerer Betrachtung zusammengefaßt. Der aktuelle Anlaß war mir das neulich abgelegte Geständnis der 'Neuen Freien Presse', daß sie den Zionismus für einen wohltätigen Zweck halte. Und ich hielt es für eine Ehrenpflicht, die sensationelle Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, der ihr schon anderthalb Jahre vor diesem Geständnis wunderbar klaren Blickes ins Herz geschaut hatte, endlich nachzutragen. Den deutschen Parteien werden jetzt die Augen aufgehen. Die stumpfsten unter den Führern müssen nun wohl erkennen, daß die 'Neue Freie Presse' im Grunde nichts anderes ist als: *Das zionistische Organ — der Deutschen in Österreich.*



A *Adolf Wagner* hat neulich im Wiener sozialpolitischen Verein über »Agrar — und Industriestaat« gesprochen, und seine Rede mußte gerade in Österreich ernste Gedanken wecken. Da unsere Regierung eben daran geht, einen künstlichen Export zu züchten, und lustig über die Schienenstränge schlägt — 500 Millionen sollen für Bahnen, die selbst nach einer optimistischen Berechnung nur 2 Prozent tragen können, geopfert werden —, mußte Wagners Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Englands und Deutschlands den Nationalökonomen bedenklich machen, und was der Berliner Gelehrte über Städter und Bauer, über Junker und Heer in Preußen sprach, konnte nicht nur die Urteile über die Verhältnisse im Deutschen Reiche, die sich die Leser unserer liberalen Zeitungen gebildet haben, berichtigen, sondern auch zu analogen Betrachtungen über die österreichische Völkerentwicklung anregen. Hat doch Wagner selbst auf unseres Rosegger Schilderung der allmählichen Verwüstung der Bauernwirtschaft in den Alpenländern hingewiesen. Und die Sozialdemokraten, deren Wortführer Dr. Ellenbogen jüngst im Parlament behauptet hat, die Großgrundbesitzer wirkten — durch die Konzentration des Kapitals — sozialisierend, hätten wohl überlegen sollen, ob wirklich das Bauernlegen, die Verwandlung von Ackerland in Jagdgrund und die Proletarisierung des Bauers, einen sozialen Fortschritt bedeutet.

Die Wiener Sozialpolitiker vermögen solche Erwägungen nicht anzufechten. Man wollte von dem gelehrten Gast nicht lernen, sondern ihn belehren. Wenn darin eine Anmaßung lag, so konnte sie immerhin durch den Ton gemildert werden, und ein greiser Denker von überragender Bedeutung, der seine Ausführungen mit einem bescheidenen *salvo errore* einleitete, durfte sich zum wenigsten eines *würdigen* Widerspruchs versehen. Auch hätten ja jüngere Leute, die unmöglich über Wagners umfassendes Wissen verfügen können, wenn sie gegen ihn polemisierten, nicht nur das *salvo errore*, sondern auch ein *salvo omissione* für sich geltend machen mögen. Aber die Diskussion im Ronachersaale sollte offenbar nichts als die schier unfaßbare Manierlosigkeit unserer Sozialpolitiker beweisen. Daß man Adolf Wagner durch Autoritäten schlagen wollte — Conrad und Brentano sollen diese hoch über ihm stehenden Autoritäten sein —, war eine vielleicht noch verzeihliche Beschränktheit. Aber wenn ein junger Herr, dem man es nicht verübelt daß er nur die Ansichten seines Lehrers Brentano und nicht auch ihre Widerlegung kennt, sogar über die geistige Artung des preußischen Junkers besser unterrichtet zu sein glaubt als Adolf Wagner und gegenüber der Berufung auf Bismarck erklärt, der Junker geistige Vorzüge seien uns sattsam aus dem 'Simpli-cissimus' bekannt: so würde über eine so beschämende Ungezogenheit in jedem Kreise kultivierter Menschen die schärfste Mißbilligung laut werden. Aber im Ronachersaale wurden die Pfuirufe einiger anständigen Gäste des Vereins von der lauten Heiterkeit und dem Beifallsklatschen der Mehrheit übertönt. Es ist noch kaum ein Jahr verflossen, seit Pfarrer Naumann sich verleiten ließ, derselben Gesellschaft einen Vortrag zu halten, und auf die unmannerlichste Art von ihr gehöhnt wurde. Aber wenn Naumann dem Vortrag Wagners beigewohnt hätte, so würde er sicherlich zugestehen, daß ärger als alle Taktlosigkeiten, die man vor Jahresfrist gegen ihn beging, die war, daß man ihn als entscheidende Autorität gegen Wagner ausspielte und von diesem die Erwiderung erzwang, Herr Naumann genieße seine ganze Wertschätzung, solle aber über Fragen, wie die eben behandelte, lieber nicht schreiben, weil er davon nichts verstehe.

Nicht Adolf Wagner bedarf des Schutzes; er hat den unartigen Leuten eine Antwort erteilt, in der jeder Satz ein Hieb war und jeder Hieb saß. Man

muß nur mit Entschiedenheit Verwahrung dagegen einlegen, daß ausländische Gelehrte hier in die unwürdigste Gesellschaft gelockt und angepöbelt werden, und man muß es bedauern, daß keiner der anwesenden berufenen Repräsentanten der österreichischen Sozialwissenschaft gegen die schmählische Unbill protestierte. Daß Adolf Wagner noch hinterdrein, als er Wien bereits verlassen hatte, auch von Herrn Wittgenstein angegriffen wurde, mag als das einzig heitere Moment in dem ganzen widerlichen Schauspiel erwähnt werden. Wagner hat auch in der juristischen Gesellschaft einen Vortrag gehalten, der sich mit dem städtischen und ländlichen Grundeigentum befaßte, und die Forderung aufgestellt: der durch die wirtschaftliche Tätigkeit der gesamten Gesellschaft erzeugte, ohne Hinzutun der städtischen Grundeigentümer eintretende — »unearned¹« — Wertzuwachs ihres Besitzes solle durch Steuern im stärksten Maße für die Stadt in Anspruch genommen werden. Herr Karl Wittgenstein, der offenbar der Meinung war, Wagner sei schon durch die Diskussion im Ronachersaale wissenschaftlich getötet, wollte nun dem Berliner Gelehrten in der 'Industrie' noch den in solchem Falle angebrachten Tritt versetzen, und die 'Wiener Allgemeine Zeitung' bemerkt dazu, der Praktiker habe den Theoretiker »in geistreich humorvoller Weise ad absurdum geführt«. Herr Wittgenstein führt nämlich durch Beispiele aus, daß der Erfolg *jeder* wirtschaftlichen Tätigkeit der gesamten Gesellschaft zu danken sei und daß diese also nach Wagner auch an ihm ebensowohl wie an der Wertsteigerung des städtischen Grundbesitzes partizipieren müßte. Diese Folgerung aber findet er erheiternd und vermißt noch etwas in dem Vortrage des Professors Wagner: »Kommt es nämlich einmal so weit«, erklärt er scharfsinnig, »daß die gesamte Gesellschaft überall auch den Nutzen, welcher ihr zukommt, durch Steuern, Partizipationen etc. einheimst, so glaube ich, hätte sie auch ihrerseits einen Teil an die Professoren, welchen die gesamte Gesellschaft so viel zu verdanken hat ... abzugeben«. Nun, der geistreich humorvolle« Praktiker ist natürlich nicht verpflichtet, irgend etwas von den Prinzipien der Besteuerung zu verstehen und zu wissen, daß *jede direkte* Steuer tatsächlich eine Partizipation der Allgemeinheit an einem Wertzuwachs, der ihr zu danken ist, bedeutet, und daß deshalb die Steuergerechtigkeit fordert, daß die Besteuerung um so höher sei, je weniger der Einzelne an eigener Arbeit zur Herbeiführung des Wertzuwachses geleistet hat. Herr Wittgenstein spottet nur seiner selbst. Aber auch betreffs der Partizipation der Professoren mag er beruhigt sein: wenn nämlich der Staat Gelehrte besoldet und ihnen die Mittel zur Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten bietet, so gibt eben die Gesellschaft damit Leuten, denen sie so viel zu verdanken hat, einen Teil des Nutzens ab, den sie stiften. Freilich, daß ein Wittgenstein aus dem Schaden, den er stiftet, weit höheren Gewinn zieht, mag ihn nicht bloß an der Gerechtigkeit, sondern auch an der Richtigkeit des Systems der Partizipationen zweifeln machen.

* * *

Auf Grund des § 19 P. G. verlange ich die Veröffentlichung nachstehender Berichtigung der in Nr. 68 der 'Fackel' enthaltenen, meine Person betreffenden unwahren Angaben: Es ist unwahr, daß der Besuch, welchen mir acht Herren — darunter Feilchenfeld, Weinberger, Kestranek — im Dezember v. J. »am Hochreith« abstatteten, meine Ihnen gesandte Berichtigung recht eigentümlich erscheinen läßt. Es ist ferner unwahr, daß diese sel-

1 unverdiente

tene Zusammenkunft mit einer wichtigen Finanzoperation in Verbindung stehen mußte. Wahr ist vielmehr, daß der Besuch derselben acht Herren seit einer Reihe von Jahren, jährlich genau am selben Tage, stattfindet und mit wie immer gearteten Geschäften nicht das Geringste zu tun hat. Wahr ist endlich, daß der Abschluß der Finanzoperation zwischen der N.—Ö. Escompte—Gesellschaft und der Böhmisches Escomptebank nicht das Endresultat dieser Zusammenkunft sein konnte, da ich erst nach dieser Zusammenkunft, und zwar aus den Zeitungen, von diesem Abschlusse erfahren habe.

Karl Wittgenstein.

*

Herr Wittgenstein hatte, da ich die Aufnahme der voranstehenden Zuschrift verweigerte, den Klageweg betreten. Nach Ansicht des Preßrichters hat er im Sinne des § 19 gehandelt, wenn er es als unwahr bezeichnet, daß etwas »*eigentümlich erscheint*«. Ich habe, da ich noch immer anderer Ansicht bin, die Entscheidung des Landesgerichtes angerufen, muß aber leider, da der Rekurs keine aufschiebende Wirkung hat, ein Berichtigung, die meines Erachtens nichts als eine schlechte Polemik ist, zum Abdruck bringen.

* * *

Nicht nur über Brot, Fleisch und Eisen, sondern auch über die Pflege von Kunst, Recht, Gesundheit und Bildung kann man ebensowohl vom Produzenten wie vom Konsumentenstandpunkt sprechen, und der Egoismus der Künstler, Rechtsanwälte, Ärzte und Lehrer ist nicht mehr oder minder berechtigt als jener von Bäckern, Fleischbauern und Aktionären der Prager Eisenindustrie—Gesellschaft. Er ist auch ebenso aufdringlich. In unserer Öffentlichkeit ist häufiger von den Forderungen der Künstler als von den Rechten des Publikums, öfter von den Advokaten als den Klienten, von den Medizinem als den Patienten und von den Lehrern als den Schülern die Rede. Die Not der Zeit mag das entschuldigen, die allenthalben den Wunsch nach einer ständischen Gliederung der Gesellschaft hervorruft und das Standesbewußtsein, das erste Dämmern dieses Wunsches, geweckt hat. Wer die Sozialisierung der Gesellschaft anstrebt, wird freilich in diesem Streit für Sonderinteressen kein Rufer, sondern ein Mahner sein und auch die Gefahr nicht scheuen, daß man ihn, weil er von der Überschätzung der »liberalen« Berufe frei ist, »reaktionärer« Gesinnung zeiht. Daß nicht jede Aktion einen Fortschritt bedeutet, und daß der »Fortschritt«, wie die Parteimänner ihn verstehen, nicht mit Entwicklung identisch ist, haben Denken und Erfahrung längst gelehrt, und wer nach einer Weltanschauung strebt, hat noch selten Parteianschauungen lange Zeit Treue bewahren können.

Aber auch, wer der »Lehrerfrage« nicht allzu große Bedeutung beizumessen gewillt ist, kann nicht verkennen, daß in ihr zugleich eine »Schülerfrage«, ein soziales Interesse, enthalten ist. Ohne einige Behaglichkeit und Unabhängigkeit kann der Erzieher seinen Beruf kaum würdig ausüben, und seine materielle und rechtliche Stellung sollte deshalb, wenn schon keine bevorzugte, doch eine gesicherte sein. In Österreich hat man freilich Erziehung und Bildung niemals sonderlich geschätzt, und nur einige geistliche Orden haben hier ein rühmliches Beispiel gegeben. Unsere liberale Gesetzgebung aber duldet, daß der Privatlehrer der Dienstbotenordnung untersteht, und hat dem Spender des öffentlichen Unterrichtes eine Stellung zugewiesen, die ihn von der herrschenden politischen Partei materiell und rechtlich gleich abhän-

gig machen und dem Grundsatz, die Schule sei ein Politikum, einen traurigen und gefährlichen Sinn geben mußte. Die Kosten des Volksunterrichtes wurden fast zur Gänze den Gemeinden aufgelastet, in denen die vermögenden, an diesem Unterricht am wenigsten interessierten Stände übermächtig sind und die auch wegen ihrer durch das österreichische Steuersystem geschwächten finanziellen Kraft dem Lehrer nur kärgliche Entlohnung zu bieten vermögen. Selbst die Reichshauptstadt Wien mußte, als die liberale Ära allmählich ihre reichen Mittel erschöpft hatte, auf Kosten der Lehrer zu sparen beginnen. Bei der Einverleibung der Vororte entzog die liberale Gemeinderatsmajorität den Wiener Lehrern Zulagen im Betrage von 75.000 Gulden, die sie früher für die Erteilung des Turnunterrichtes erhalten hatten. Und die liberale Majorität des niederösterreichischen Landtages nahm in das Landesgesetz eine Bestimmung auf, die den Kommunen verbietet, ihren Lehrern höhere Bezüge zu gewähren. Natürlich kargte man auch immer mehr mit Investitionen für Schulzwecke. In den letzten Jahren der liberalen Herrschaft in Wien ist das Wachstum des Schulbudgets immer schwächer geworden, und auch die christlichsoziale Verwaltung hat seiner Verkümmern nicht Einhalt zu tun vermocht. Aber noch härter als durch schlechte Entlohnung sind die Lehrer durch die Disziplinalgesetze bedrückt, die wir aus der Zeit des Liberalismus überkommen haben. Wer nicht zur herrschenden Partei schwört, ist ihrer Willkür preisgegeben. Als noch der größte Teil der Wiener Lehrerschaft in dem liberalen Verein »Volksschule« vereinigt war, vernahm man selten Klagen von Lehrern über die Disziplinarbehandlung; das wurde anders, als die Lehrer, unwillig über die Verweigerung einer Gehaltsaufbesserung, sich den oppositionellen Parteien zuwendeten. Man begann erst Einzelne zu maßregeln — wegen Beleidigung des Herrn Noske in einer Versammlungsrede erhielt ein Lehrer eine schwere Disziplinarstrafe —, und als das nichts fruchtete, faßte der Bürgermeister Dr. Prix den nur durch die Opposition der Christlichsozialen und Deutschnationalen vereitelten Plan, den Lehrern das Wahlrecht zu entziehen. Die christlichsoziale Partei hat später, wie bekannt, die Lehrer, die von ihr abfielen, nicht besser behandelt, als es die Liberalen getan hatten. Wenn aber unsere Concordia—Presse, auf das kurze Gedächtnis der Leser pochend, den Glauben verbreiten will, solche Handhabung der Disziplinvorschriften sei eine christlichsoziale Eigentümlichkeit, so genügt es, die Beschwerden der Lehrer in der deutschnationalen Steiermark zu erwähnen. Welchen Wert die machtbesitzenden politischen Parteien allenthalben darauf legen, die Abhängigkeit der Lehrer zu verstärken, hat am deutlichsten der liberale Landtag von Schlesien gezeigt, der sich für die Gewährung einer Gehaltserhöhung durch eine Verschärfung des Disziplinalgesetzes schadlos hielt. Um der Gehaltsverbesserung teilhaftig zu werden, mußte die schlesische Lehrerschaft sich der Bestimmung fügen, daß jeder Lehrer nach Belieben der Schulbehörde versetzt werden kann.

Daß unsere Lehrer Herrn v. Hartel zugemutet [zugetraut] haben, er könnte diese Verhältnisse bessern wollen, beweist nur, daß sie weder die Gesinnung des alten Schuldverderbers noch jene der Liberalen überhaupt richtig zu schätzen wissen. Heute sind sie eines Besseren belehrt, da Herr Hartel im Abgeordnetenhaus die geltende Praxis in Disziplinarangelegenheiten nachdrücklich verteidigt und bei Erörterung eines Einzelfalles dargetan hat, was er als »korrekt« erachtet. Ein deutschnationaler Lehrer hat einen in verschlossenen Briefen versendeten Wahlauf Ruf unterzeichnet und wird deshalb zur Verantwortung gezogen. Er und seine Freunde vermuten, man sei durch eine Verletzung des Briefgeheimnisses darauf gekommen, daß sein Name unter jenem Aufruf stand. Aber der Unterrichtsminister versichert, daß »ein

Pflichtexemplar des Aufrufs im Wege der Polizeidirektion und der Statthalterei an den Landesschulrat« kam, daß »daher alles korrekt« zuing. Ob irgendwelche Vorschrift die Polizeidirektion und die Statthalterei verpflichtet, dem Landesschulrat regelmäßig Pflichtexemplare von Wahlaufufen zuzusenden, oder ob der Landesschulrat die Polizei beauftragt hat und beauftragen durfte, politisch verdächtige Lehrer zu überwachen, hat Herr Hartel nicht mitgeteilt.

Man mag sich an den Formen des politischen Kampfes stoßen, den die Lehrer gegenwärtig führen. Doch muß man billigerweise zugeben, daß die Halbbildung des Volksschullehrers, der mit 24 Jahren etwa das Wissen eines absolvierten Handelsakademikers, aber nicht dessen in der Geschäftstätigkeit rasch erworbene, Lebenserfahrung besitzt, manches entschuldigt und daß die Sucht, sich zu überheben, aus der Lehrtätigkeit mit psychologischer Notwendigkeit folgt. Übrigens sind ja auch die Formen der Lehrerverfolgung in den letzten Jahren verletzendere geworden, und die Rohheit der Bedrücker mußte wohl bisweilen vergessen machen, was der Bedrückte seiner guten Erziehung schuldet. Keinesfalls darf man die gute Sache des Lehrers für die schlechten Manieren büßen lassen, mit denen sie häufig vertreten wird. †

* * *

Zweierlei Maß

Die Ernennung des Dr. *Weiskirchner* zum Magistrats—Vizedirektor nach 18 Dienstjahren erscheint der liberalen öffentlichen Meinung »unerhört«. Herrn *Singer—Siegharts* Beförderung vom Finanzprokurators—Konzipienten (unbesoldete Praktikantenstelle analog der »Rechtspraxis« bei Gericht) zum wirklichen Sektionsrat binnen 6 Dienstjahren erregte kein Aufsehen. Dabei hat Herr Sieghart in den 6 Jahren nebenher noch das goldene Verdienstkreuz mit der Krone und die Berufung in die staatswissenschaftliche Staatsprüfungs—Kommission erhalten.

* * *

Zar Nikolaus II. erfreut sich der wirksamen Protektion unserer liberalen Presse. Seit er Rußland regiert, wird es dort, so hören wir allwöchentlich, immer besser. Die Kaiserin—Witwe und Pobjedonoszew sind zwar noch mächtig, und allenthalben sitzen noch die reaktionären Gegner der Wjestniks in den Ämtern. Aber immer, wenn irgendwo die schwersten, lang verborgenen Schäden aufbrechen, dann ist es Zeit für den Kaiser, — oder um im höfischen Jargon zu sprechen, die allerhöchste Zeit. Und dann greift Nikolaus II. immer wirksam ein und beweist immer wieder, daß er ein Friedensfreund, ein Förderer der Bildung und der Presse ist. Das russische Reich dehnt sich zwar auch heute noch beständig aus, und eben greift die Hand der Moskowiter nach der Mandschurei; aber das geschieht alles in friedlicher Weise, und nur zur Erhaltung des Friedens hat Russland doppelt so viel Truppen nach Ostasien geworfen als alle anderen Mächte zusammen. Auch wäre es verfehlt, der Studentenverfolgungen halber daran zu zweifeln, daß der Zar so unentwegt wie nur irgend ein Wiener Liberaler für Fortschritt und Bildung eintritt; man bekämpft nur in Petersburg die politischen Umtriebe in der Studentenschaft mit größerer Energie, als bisher gegen die nationalen Wiener und die klerikalen Budapester Studenten zum Leidwesen der freisinnigen Presse unserer Monarchie aufgebracht wurde. Neuestens aber hat Nikolaus II. einen glänzenden Beweis seiner Preßfreundlichkeit geliefert. Während nämlich in Österreich

jene Regierung für preßfreundlich gilt, die die Blätter durch Geld und Informationen von sich abhängig zu machen sucht, versteht man in Rußland unter Preßfreundlichkeit die Förderung der Unabhängigkeit der Zeitungen. Der Zar hat nun, wie die 'Neue Freie Presse' am 18. März mitteilte, den politischen Tagesblättern 'Graschdanin', 'Nowoje Wremia', 'Petersburgskija Wjedomosti' und 'Moskowskija Wjedomosti' die ihnen von der Ober—Preßverwaltung erteilten Verwarnungen nachgesehen. Eine solche Verfügung ist bisher ohne Beispiel und sie weckt, wie uns die 'Neue Freie Presse' versichert, in ganz Russland frohe Hoffnungen. Die Verwarnungen wurden »auf dem Gnadenwege« nachgelassen, und wenn die russische Presse auf dem Gnadenweg der Regierungen nur wacker fortschreitet, kann sie bald ebensoweit kommen, wie es die österreichischen fortschrittlichen Kolleginnen auf dem gleichen Pfade gebracht haben. Die 'Neue Freie Presse' hat nur eine Tatsache übersehen, die dem Gnadenakte Nikolaus II. noch ganz besondere Bedeutung verleiht: daß jene vier russischen Tagesblätter die ihnen soeben nachgelassenen Verwarnungen wegen gewisser Hetzartikel, die sie *gegen das Deutsche Reich* geschrieben, erhalten hatten und daß die kaiserliche Nachsicht sie just zu einer Zeit beglückt, in der schon eine ganze Reihe von Demonstrationen von russischer Seite *gegen Deutschland* erfolgt ist. Dies ruft aber die Befürchtung wach, daß es auch fernerhin um die Unabhängigkeit der russischen Zeitungen nicht besser stehen wird als bisher und daß sie wie die österreichischen willige, aber freilich billigere Handlangerinnen der Regierung bleiben werden.



Die neue Gefahr

»Unsere Frauen und Mädchen« sind neuestens bekanntlich den entsetzlichsten Gefahren preisgegeben. Ob sie auf der Straße gehen oder vor dem Beichtstuhl knien: sie sind, was sie auch immer beginnen mögen, von Gefahren förmlich umlauert. Ja, nicht einmal im Deutschen Volkstheater sind sie sicher, und wenn eine von ihnen dort ein Stück aufführen läßt, wird sie — man kann hundert gegen eins wetten — grausam angeblasen. Natürlich spricht man dann nicht von einem »Mißgriff« der Direktion, sondern klagt über die Brutalität des Publikums. Kein Wunder, daß sich die Vorkämpferinnen der Frauenbewegung bemüßigt sehen, die ihrem Geschlecht drohenden Gefahren immer wieder zu erörtern, und es ist ja auch ganz logisch, daß man, bevor man Rechte erkämpft, sich energisch gegen das noch bestehende Unrecht zur Wehre setzt. Von den 'Documenten der Frauen' ist die Aktion gegen den polizeilichen Mißgriff ¹ ausgegangen, jener stürmische Protest gegen die Zumutung, daß ehrbare Geschlechtsgenossinnen sich eine und dieselbe Behandlung gefallen lassen müßten, wie jene Frauen, die Dokumente haben. Ja, die Redakteurin hat sich in der Versammlung, die sie um jenes Protestes willen einberief, nicht nur für die Tugend der Frau, der das Malheur widerfuhr, sondern ausdrücklich auch für die Tugend der Gasse, in der es ihr widerfuhr, eingesetzt. Mit der guten Absicht der ganzen Demonstration mußte auch sympathisieren, wer die Frage, ob die Frankenberggasse eine »anständige Gasse« sei,

¹ s. Heft 70 # 09

nicht gerade für die dringlichste Frauenfrage hält und — auf die Gefahr hin, ein Reaktionär gescholten zu werden — die Entscheidung in diesem Punkte noch immer *männlichen* Sachverständigen überlassen wollte.

Leider wird aber, seit der Frauenbewegung ein Organ erschaffen wurde, auch sonst die Emanzipation der Frauen vom guten Geschmack energisch betrieben. In der »Affäre der Französin« war es immerhin ein Erlebnis, das die Entrüstung, eine erkannte Gefahr, die den Protest hervorgerufen hat. Aber daß das weibliche Geschlecht auch bei der Beichte Situationen ausgesetzt ist, die die Abwehr eines für Frauenrechte kämpfenden Blattes herausfordern, das haben doch die weibliche Redaktion und das ganze weibliche Geschlecht erst von den Herren Eisenkolb, Schönerer und Wolf erfahren. Daß die Moraltheologie des heiligen Alphonsus Maria de Liguori je einen Skandalbehelf für eine radikale Fraktion abgeben oder von spekulativen Verlegern als pikante Lektüre und Massenartikel verschleißt werden könnte, war sicherlich nicht zu erwarten. Eine häßlich lärmende Agitation möchte uns in den Glauben versetzen, in diesem täglich nach neuen Sorgen verlangenden Staate sei von allen der Erledigung harrenden Angelegenheiten die Affäre Liguori die dringendste. Nun, den Herren, die nur Wuotan und sonst nichts auf der Welt fürchten, mag man es verzeihen, daß ihnen jedes Mittel recht ist und daß sie von allen Wegen, die los von Rom führen, just den kotigsten wählen möchten. Darauf aber konnte man sicherlich nicht gefaßt sein, daß frauenrechtlerisches Pathos dort ansetzen könnte, wo eine Radaupolitik um jeden Preis mit den Mitteln böswilliger Entstellung gearbeitet hatte.

Die 'Documente der Frauen' machen in ihrer letzten Nummer aus dem Beichtgeheimnis kein Redaktionsgeheimnis und rufen gegen die neuestens drohende Schmach die ganze Weiblichkeit Österreichs in Waffen. Aber die Entrüstung ist auf kaltem Wege erzeugt. Kein Hilferuf beleidigter Frauenehre ist an das Ohr des Parlaments gedrungen; dort ward aus Brocken der bekannten Grossmann'schen Tendenzschrift eine Interpellation zusammengebraut, die nicht so sehr die ahnungslose Regierung wie die noch ahnungsloseren katholischen Frauen befragt, ob es ihnen bekannt sei, daß sie im Beichtstuhl unzüchtiger Neugierde dienen müssen, und was sie dagegen zu tun gedenken. Im Jahre 1871 hat Pius IX., wie die liguorifeindliche Dame in den 'Documenten der Frauen' erwähnt, Liguoris »Moraltheologie« als maßgebend für alle Fragen der Moral erklärt, und 1879 hat Papst Leo XIII. dies bestätigt. Die entrüstete Dame, die zu einer Zeit, wo Liguoris Vorschriften bereits in Geltung standen, ein erwachsenes Mädchen war, mußte also selbst darüber Auskunft geben können, ob jemals ein Beichtvater unzüchtige Fragen an sie gestellt hat, mußte auch von ihren christlichen Freundinnen darüber Berichte sammeln können. Warum haben sie und ihresgleichen erst auf den Schreckruf aus dem Parlament gewartet? Wußten die 'Documente der Frauen' bis dahin überhaupt, wer Liguori war? Ich vermute, daß Frau Daisy Minor, die sich so lebhaft gegen die Gefahren wendet, die katholische Frauen bedrohen, selbst Katholikin ist; wenn nicht, daß es unter den Führerinnen der »fortschrittlichen« Wiener Frauenbewegung eine Katholikin geben wird, die gewiß bereitwillig Auskunft erteilen würde. Man könnte es leichtfertig nennen, daß die Dame den Artikel schrieb, wenn ihr selbst und ihren sämtlichen Genossinnen nichts von dem, was alle Katholikinnen bedroht, passiert ist. Aber sie dachte wohl an jenen dicken Herrn im schwarzen Rock, der Montesquieu's entsetztem Perser gezeigt wird: »Das ist ein Prediger und, was noch schlimmer ist, ein Beichtvater. So wie Sie ihn da sehen, weiß er mehr als die Ehemänner. Er kennt die Schwächen der Weiber; aber sie wissen auch, daß er die seinigen hat.« Nun, Ludwigs XIV. Gesellschaft war wohl entsittlichter als nach Ansicht des radi-

kalsten Unpatrioten die des heutigen Österreich und, wie man sieht, haben schon vor der Abfassung der Moralteleologie Liguoris lebenslustige Abbés hübschen Frauen etwas ins Ohr geflüstert. »Es ist richtig«, gibt Frau Minor zu, »daß auch nicht alle Geistlichen und nicht in allen Fällen die ihnen vorgeschriebenen, das Schamgefühl verletzenden Fragen an ihre Beichtkinder richten, aber sie dürfen es, ja, sie *sollen* es tun; was nirgends möglich ist, hier ist es erlaubt — *geboten!*« Es ist nicht richtig, daß alle Geistlichen jene »Suggestivfragen« stellen; es ist aber noch weniger richtig, daß sie es tun *sollen*. Liguori hat die schärfsten Kautelen dagegen aufgestellt, daß solche Fragen unnötigerweise gestellt werden. Und es steht einem dem Volkswohl dienenden Blatte schlecht genug an, eine Führung durch die Wirrnisse des Geschlechtslebens als frevlen Eingriff in ein Allerheiligstes abzuwehren. Mögen es die 'Documente der Frauen' ändern, daß Waisenkinder im Beichtvater den einzigen Berater in allen Angelegenheiten sehen wollen und daß auch Bäuerinnen den Weg zu ihm noch immer leichter als zum medizinischen Fragekasten des Frischauer'schen Tagblattes finden! Aber vorläufig heißt es der ärgsten Prüderie Vorschub leisten, wenn man die Geheimnisse des Geschlechtslebens von den sonstigen willig eröffneten Beichtgeheimnissen delikater Natur sorgsam aussperren möchte. Freilich, »Mißgriffe« mögen auch hier mitunterlaufen. Aber ich habe schon einmal ausgeführt, daß es gegen Mißgriffe bloß nachträgliche Strafen und keinen programmatischen Kampf gibt.

In liberalen und in jüdischnationalen Blättern finde ich die Stellungnahme der 'Documente der Frauen' in der Affäre Liguori rühmend besprochen. Die Reklamen waren offenbar von der Redaktion der 'Documente' eingesendet, aber die meisten liberalen und jüdischnationalen Blätter vergaßen den Satz zu streichen: »Man bedenke, welch entsetzlichen Situationen und Gefahren *unsere* Frauen und Mädchen ausgesetzt sind.« Nein, so weit ist's in diesem schwarzen Lande noch nicht gekommen: Die Leserinnen des 'Wiener Tagblatt' und der 'Extrapost' sind am Beichtstuhl noch keinen Gefahren ausgesetzt ...

* * *

Die »Affäre der Französin¹« hätte, wäre sie nicht für allerlei Reklamezwecke ausgenützt worden, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die schmachliche, menschenunwürdige Behandlung der Prostituierten in Österreich lenken müssen. Die Freiheitsbeschränkungen, denen diese unglücklichen Frauen unterliegen, sind weit härter als jene, die über gefährliche Individuen durch die Stellung unter Polizeiaufsicht — nach dem Gesetze vom 10. Mai 1873 — verhängt sind. Die Bestrafung der geheimen wie der evident gehaltenen Dirnen ist durch den § 5 des Vagabundengesetzes der Sicherheitsbehörde anheimgegeben, und diese bestimmt willkürlich und oft sinnlos, was strafbar ist. Daß sie nach dem gleichen Paragraphen auch gegen jene, die »aus der gewerbsmäßigen Unzucht anderer ihren Unterhalt suchen«, einzuschreiten und die Prostituierten gegen die maßlose Ausbeutung durch die Kupplerinnen zu schützen hat, kümmert sie nicht. Ein polizeilicher Verfolgungswahn, der die früher einzeln lebenden Dirnen in Scharen in die Bordelle trieb, hat jene Ausbeutung vielmehr noch verschärft. Dabei sind die sittenpolizeilichen und die sanitätspolizeilichen Vorschriften, namentlich in Wien, ebenso grausam wie unerfüllbar. Die Prostituierte soll eine gründliche Untersuchung an ihren Kunden vornehmen, der sicherlich kein einziger sich unterzieht; sie darf bei Tag

1 s. Heft 70 # 09

nicht die Gasse betreten, auch nicht der notwendigsten Einkäufe halber, sie darf — auch im vierten Stockwerk — nicht zum Fenster hinausblicken. Und alle Beschränktheit des Polizeigeistes zeigt sich wohl in einer Verordnung, die ihr verbietet, mit den Bildern höchster Personen ihr Zimmer zu schmücken. Die Wiener Polizei hat schließlich selbst eingesehen, daß die Härte der Vorschriften für die Prostituierten die geheime Prostitution fördern muß und hat jetzt neben den offiziellen Dirnen eine neue Kategorie von Prostituierten milderer Observanz, die »Tolerierten«, geschaffen. Welche Gefahr dies für »die anständigen Frauen« bedeutet, wird wohl erst durch irgendeinen »Mißgriff« klar werden. Auch bisher ist es schon vorgekommen, daß ein in einem Vergnügenslokale der vermögenden Klassen bedienstetes Mädchen, obwohl sie des Verkehrs mit Männern nicht ein einzigesmal überführt wurde und nicht einmal durch die Duldung männlicher Begleitung auf dem Heimwege sich eines solchen verdächtig gemacht hatte, von der Polizei die Aufforderung erhielt, sich als Tolerierte eintragen zu lassen. Und eine solche Aufforderung kann jeden Augenblick jeder allein wohnenden Frau zugehen, die von einem Sicherheitsorgan in der Gesellschaft eines Mannes erblickt wird. Weigert sie sich, sich als Tolerierte im Polizeiregister führen zu lassen, so hat sie eine unablässige und lästige polizeiliche Überwachung zu gewärtigen, bei der es dann leicht zu einem »Mißverständnis« kommen kann. Wie will übrigens eine »anständige Frau« auf der Gasse vor einem polizeilichen Mißverständnis sicher sein? Dem Wachmanne auffallende Kleidung, Stehenbleiben, einen Passanten anblicken, das alles macht sie der Prostitution verdächtig. Arretiert kann jede Frau werden, die, ohne sich unzüchtig zu betragen, das Schamgefühl eines Sicherheitswachmannes gröblich verletzt. Aber wer will wissen, worauf dieses reizbare Schamgefühl bereits reagiert? Die Prostituierte ist durch die polizeilichen Vorschriften zu dem taktvollen Benehmen einer Hofdame verpflichtet, und die »anständige Frau« unterscheidet sich von ihr vor allem dadurch, daß sie nicht gezwungen werden darf, so weitgehende Forderungen der Polizei zu erfüllen.

* * *

Zeitgemäße

(»Lucina« usw.)

»Die Alten, von einem wunderbaren Drange getrieben, Erbarmen zu üben, unterschieden das öffentliche Unglück gerade, wie die Botanik verschiedene Geschlechter von Blumen in Familien klassifiziert, und gründeten zur Abhilfe eines jeden besondere Gebäude, für die uns heute selbst die Namen verloren gegangen sind. So nannten sie Xenodochien die Häuser, die bestimmt waren zur Unterstützung der lebensmüden Pilger; Orphantrophien die, wo Waisen erzogen und unterrichtet wurden; Nosokomien die für die Kranken; Ptochotrophien die, in welchen die Armen Unterhalt fanden; Gerontokomien die, wo alte Leute Pflege fanden; Brephotrophien die Gebäude zur Aufnahme Neugeborener und Findlinge. Die aufrichtigsten Wohltätigkeitsanstalten hatten ihren Ursprung in dem Gemüte des Volkes, denn das Unglück ist die Humanitätslehrerin für Unglückliche. So soll der Schuster Sorore die Spitäler, die Lastträger von Florenz die Brüderschaft der Barmherzigkeit aufgebracht haben. Ich kann mich aber nicht enthalten, zu bemerken, wie auch in den sogenannten barbarischen Zeiten des Mittelalters die Barone und die Burgherren im Lande sich gastfreundlich gegen die niedrigsten Pilger, ja

selbst gegen die Juden erwiesen haben, gegen welche in jener Zeit doch ein so tiefes Vorurteil herrschte. Was bedeutet nun unser modernes Prunken, wenn man wenig und schlecht getan hat, was die Väter reichlich und gut taten? Was soll die Lust, große Zettel an die Straßenecken aufzukleben, für eine so winzige Menschenliebe? Wozu der Trompetenschall, die Freudenfeuer, *das Drucken von allen Namen und Titeln dieser Wohltätigkeitströdler*? Ich erblicke darin die höchste Eitelkeit und die Lust, mit geckenhaftem Scheine zu ersetzen, was der baren Wirklichkeit abgeht. Ich weiß einen Fall, wo eines jener traurigen Weiber, welche sich Präsidentinnen von Kinderbewahr—Anstalten nennen, die schamlose Frechheit hatte, einer armen Mutter von vier Kindern, die sie um Hilfe bat, die allzu große Fruchtbarkeit Ihres Leibes vorzuwerfen. Solche Weiber entwickeln dann eine unglaubliche Geschäftigkeit mit Briefeschreiben, Besuchen, Sitzungenansagen und mit Auffindung aller möglichen Beweggründe — das Haus zu verlassen und Zusammenkünfte zu halten, bei welchen die christliche Liebe nichts gewinnt, aber die gute Sitte viel einbüßt

Der Mann kommt nach Hause und findet seine Frau nicht. Er wartet lange, aber umsonst. Wo ist sie hin? In die Rettungsanstalt. Wo hielt sie sich auf? In der Rettungsanstalt. Wehe, wenn er sich einfallen läßt, Klage zu erheben! Die Weiberschar tut ihn in Acht und Bann, erklärt ihn für einen Türken und Menschenfresser, setzt ihn auf den Index wie ein verbotenes Buch, und wenn sie nicht einig werden, ihn zu verbrennen, so geschieht es nur darum, weil sie in all ihren Vereinen überhaupt niemals einig werden ... Ach, Freund! wenn du siehst, wie viel Geld zum Henker geht für Briefe, Umschläge, Siegellack und Petschaft, so würdest du lachen vor Wut, sobald du gleichzeitig wüßtest, wie viel Pfund Fleisch diese schnöden Weiber das Herz haben in den Topf zu werfen, worin sie eine Suppe für neunzig arme Mädchen kochen wollen: wenn ein Schaf im Arno ertrinkt, so gibt's eine bessere Fleischsuppe. Für vortrefflich und untadelhaft würde ich die Wirkungen der Kinder—Rettungsanstalten halten, wenn ich sie nur vollständig entwickelt und verwaltet sähe ohne jenen schlimmen Wurm der Eitelkeit und den noch schlimmeren der Heuchelei. Als Christus sprach: 'Lasset die Kinder zu mir kommen', da hatte er keine Sekretäre, berief keine Sitzungen, brauchte keine Briefumschläge, Siegellack und Petschaft.«

*

»Gegenseitiger Unterricht, Bürgerwehren, Sparkassen, Gelehrtenkongresse sind von der schlimmsten Wirkung; nicht an sich, aber durch die selbstzufriedene Kleintreiberei ihres Gemäkels und durch die Art, wie sie von Größerem abziehen.«

*

»Früher hielt man die Aristokratie für den besten Vermittler zwischen Monarchie und Demokratie; die Erfahrung lehrt aber, daß für diesen Zweck um tausend Prozent besser der Mittelstand taugt. Er ist mit wenigem zufrieden: *meßt ihm alljährlich tausend bis zweitausend Ellen eines grünen, roten oder gelben Bandstreifchens zu*, gießt von Zeit zu Zeit einen Regen von neuen Spielpapieren über ihn aus, vor allem aber Lächeln, Lächeln in Hülle und Fülle! Tut das, und fort mit der Würde des Bürgertums! ... Drückt die Hände, schüttelt die Arme rechts und links, daß die Ellbogen knacken, habt Geduld, eine alberne Gesellschaft auszuhalten, wagt es bei Tische, die Frau des Präsidenten von einer Handelskammer an eure ahnenreiche Seite zu setzen, schämt euch nicht, mit der Tochter eines Börsensyndikus den Ball zu eröffnen, und ihr werdet eine Bürgermiliz haben, welche es Prätorianern, Strelitzen, Mameluken und Janitscharen zuvortut. Kein Bürger eurer Miliz wird

glauben, er sei reaktionär geworden; sie werden darauf schwören und sterben, die Gewalthaber seien liberal geworden!«

(Guerazzi, deutsch von Kürnberger.)

* * *

Nachträgliches ¹

Auch ein Gutachten

Zu der Frage, ob ein Kritiker das Richteramt über ein Theater ausüben dürfe, von dem er jährlichen Tantiemengewinn bezieht, hat bekanntlich neben anderen Persönlichkeiten auch Herr Hermann *Bahr* Stellung genommen. Man erinnert sich wohl noch, daß er im Schwurgerichtssaal Gelegenheit erhielt, auch über dieses Problem, das ja in seinem Leben eine gewisse Rolle spielt, auf seine Art zu plaudern. Ich zitiere sein unter Eid abgegebenes Gutachten aus dem mir vorliegenden Protokoll der Verhandlung:

»Es ist dies eine, sehr schwierige Frage, über die ich nicht länger reden will, weil es eine theoretische Frage ist, wo man so viele Gründe auf der einen Seite anführen und sagen wird: diese Gründe sprechen dagegen, und auf der anderen Seite wieder so viele Gründe anführen und sagen wird: diese Gründe sprechen dafür, daß der Kritiker auch Autor sein soll. Wie immer aber die Entscheidung in dieser Frage ausfallen mag, so wäre es doch nur eine Angelegenheit oder eine Frage de lege ferenda. Wir können uns darüber theoretisch unterhalten: wollen wir diese Sitte, die besteht, die in Paris, Berlin und Wien — ich brauche keine Beispiele anzuführen, weil sie gestern verlesen wurden — besteht, wollen wir diese Sitte, daß viele Theaterkritiker auch Autoren sind, beibehalten, oder wollen wir diese Sitte abändern? Gut, wenn man findet, daß das keine Sitte, sondern eine Unsitte ist, so wirke man in der Öffentlichkeit dahin, führe Gründe an, und dann wollen wir eines Tages, eine Korporation von Schriftstellern oder der literarische Beirat des Unterrichtsministeriums, zusammentreten, damit man diese Sache in die Hand nimmt, die Gründe prüft und sage: »Wir haben nun eine Enunziation. Es soll fürderhin keinem Theaterkritiker gestattet sein, an dem Theater, für welches er schreibt, Stücke aufführen zu lassen.— Darüber kann man reden, und ich wäre einer derjenigen, die dafür wäre, schon aus dem Grunde, *weil mir nichts angenehmer wäre, als dem Chef meines Journals zu sagen: »Ich darf kein Stück mehr schreiben, gib mir die dreifache Gage.«* Wir sind aber noch nicht so weit. Wir haben heute noch diese Sitte. Der Angeklagte hat gestern dafür Beispiele gebracht. Ich glaube ausnahmslos, in jedem Blatte, jedenfalls aber in der überwiegenden Mehrheit der Blätter, sowohl der liberalen als auch der antisemitischen, sind Theaterkritiker, welche auch Stücke schreiben, und diese an Theatern aufführen lassen, über welche sie schreiben. Meine Angelegenheit ist daher sicher kein Novum, und ich bin durchaus nicht der Mensch, der eine ganz verwerfliche Sache in Wien eingeführt hat, sondern *ich folge nur einer alten Wiener Tradition, und folge dem Beispiele meiner Kol-*

¹ Raummangels halber kann ich erst im nächsten Hefte »die von der 'Neuen Freien Presse' im Ausland an mir geübte Rache« dankend quittieren. [KK]

legen; ich tue nichts anderes, als alle meine Kollegen tun: sie schreiben auch Stücke.

Im übrigen wird diese Frage nicht zu entscheiden sein, solange wir nicht andere Theaterverhältnisse, andere literarische Verhältnisse haben. Unsere Zeitungen gehen meist so schlecht, daß sie ihren Journalisten und Mitarbeitern meist nur verhältnismäßig geringe, im Verhältnisse zu der geleisteten Arbeit sehr geringe Gagen zahlen, so daß jene von dieser Gage allein ein gemächliches Auskommen nicht finden können. Auf der anderen Seite sind unsere Theaterverhältnisse sehr bedrängt und gefährdet. Das hängt aber mit den allgemeinen materiellen und politischen Verhältnissen zusammen. Der österreichische Theaterdichter wird kaum imstande sein, auf die Dauer — in glücklichen Jahren wird er ganz gut vom Ertrage seiner Stücke leben können, — aber dann in den ungünstigen Jahren! — An den Tantiemen hat man ja gesehen, wie das mit den Stücken ist; man schreibt in einem besonders günstigen Momente, und dieses Stück trägt 3000 Gulden, von denen man leben könnte. Aber das nächste Stück, wie z. B. der »Athlet«, trägt nur 700 Gulden, von denen man das nächste Jahr nicht leben kann, so daß man *materiell einfach gezwungen ist, möglichst viele schriftstellerische Tätigkeiten zu kombinieren.*«

Zu diesem Bekenntnis einer schönen Seele läßt sich, da jedes Wort für sich spricht, nicht mehr viel bemerken. Herr Bahr gibt zu, daß er vor allem Kritiker ist. Würden die Tätigkeiten des Kritisierens und Stückeschreibens vom »literarischen Beirat« des Unterrichtsministeriums — in dem sein Freund Burckhard sitzt — als inkompatibel erkannt, so würde er nicht das Kritisieren, sondern das Stückeschreiben aufgeben und von Herrn Wilhelm Singer Gehaltserhöhung fordern. Er hat also eidlich festgestellt, daß er seine dichterische Tätigkeit nicht als Beruf und Bedürfnis, sondern als Gelderwerb betrachtet: Derselbe Herr Bahr, der vor etlichen Jahren nicht laut genug die Mitglieder des Künstlerhauses als »Kunsthäusierer« beschimpfen konnte, die Bilder malen, um sie vorteilhaft zu verkaufen. Derselbe auch, der vor einem Jahre, als mehrere Redakteure des 'Neuen Wiener Tagblatt', die wirklich nur den journalistischen und nicht auch den dramatischen Gelderwerb ausüben, nach Aufhebung des Zeitungsstempels von Herrn Singer Gehaltserhöhung verlangten, die sich vereinigenden Kollegen im Stiche ließ und bei Herrn Singer lieb Kind wurde. »Die meisten unserer Zeitungen gehen schlecht und können nur geringe Gagen zahlen.« Das 'Neue Wiener Tagblatt', das sich vom schmutzigsten Inseratengewinn mästet, entblödet sich nicht, durch seinen Theaterredakteur solch bewegliche Klage im Gerichtssaale ausstöhnen zu lassen und sie noch am anderen Tage abzudrucken! Aber Herr Bahr umgeht den Kern der Sache; und hundert auswärtige Feuilletonschreiber, die über den Prozeß an ihre Blätter berichteten, wetteifern untereinander und mit ihm im Mißverstehen dessen, was ich unter »Inkompatibilität« verstanden wissen wollte. Gewiß, Herr Bahr, der produktive Mann, *darf* über Theater schreiben. Nur nicht gerade über *das* Theater, von dem er jenen materiellen Sukkurs bezieht, ohne den er, wie er versichert, nicht leben könnte. Alle übrigen Theater, die ganze Literatur und was er sonst will, darf er kritisch besprechen. Nur eben nicht das Deutsche Volkstheater. Er selbst beschränkt ja seine literarische Tätigkeit als Kritiker keineswegs: er schreibt auch über Malerei und Architektur und könnte also ebensogut auch über Musik schreiben, ja sicherlich *besser* über Nationalökonomie schreiben, in der er sich doch seinerzeit nicht ohne Erfolg betätigt hat, während er nur als Laie über bildende Kunst

urteilt. Sollte die Behauptung ernst zu nehmen sein, daß die materielle Stellung dieses Ärmsten, der noch dazu verheiratet ist, schlechter würde, wenn er das einzige Deutsche Volkstheater nicht kritisierte? Dann gäbe mir ja Herr Bahr selbst recht; denn dann [er]wies es sich klar, daß er befürchtet, mit den kritischen Leistungen für Herrn Bukovics auch die Tantiemen zu verlieren. Und er beruft sich auf den allgemeinen »Usus« in der Wiener Kritik. Auf die Sitten einer Kritik also, die er seinerzeit für die korrupteste, deren erste Vertreter — er sagte nicht, welche — er für *Erpresser* erklärt hat ...

*

Um Herrn Bahr der mühevollen und undankbaren Tätigkeit den Stückeschreibens, die er eingestandenermaßen lediglich des Gelderwerbes wegen betreibt, zu entheben, ihn von den Versuchungen einer auf die Dauer unhaltbaren Doppelstellung zu befreien und ihm die Möglichkeit zu bieten, als schlichter Redakteur des 'Neuen Wiener Tagblatt' sein Auskommen zu finden, richtet hiermit die Administration der 'Fackel' an edle Menschenfreunde die Bitte, zu einer *Bahr—Stiftung* beizutragen, von der jährlich ein entsprechendes Stipendium an den verdienten Unterlasser von Dramen ausbezahlt werden soll. Ständige Besucher und Freunde des Deutschen Volkstheaters werden gewiß bereitwillig diesem Rufe Folge leisten. Das Ergebnis der Sammlung wird zu Beginn der nächsten Theatersaison in diesem Blatt publiziert werden; der Herausgeber macht mit 18 Kronen den Anfang.

* * *

»Wer ist das?«

Die 'Reichswehr' vom 13. März meldet:

»Vor einigen Tagen erschien bei Direktor Gettke eine Abordnung seiner Mitglieder, um ihm die Mitteilung zu machen, daß man eine Erklärung gegen einige, nach Ansicht der Darsteller *zu strenge Kritiken* der Aufführung der letzten Novität zu veröffentlichen gedenke. Auch sei der Beschluß gefaßt worden, in keinem neuen Stücke eines *Kritikers, dessen Arbeiten im Raimundtheater sehr oft im Repertoire erscheinen*, Rollen zu übernehmen. Direktor Gettke gelang es, beschwichtigend einzuwirken, indem er betonte, daß ein Teil der Resolution ganz gegenstandslos sei, da *ein neues Stück des betreffenden Kritikers der Direktion gar nicht vorliege.*«

Herr Bernhard Buchbinder, der Liebliche, ist Zeitungsmacher und Poet dazu. Er schreibt Stücke für das Raimundtheater und Kritiken über dasselbe Theater. Trotzdem kann man ihm nicht nachsagen, daß er diese Bühne überschwenglich lobt, nein, er verreit sie geradezu — seit seine Stücke nicht mehr gegeben werden. Da ist beim besten Willen keine Spur von Inkompatibilität zu entdecken. Von dem Dramatiker Buchbinder ist kein Stück auf dem Repertoire, und der Kritiker Buchbinder kann darum unbesorgt tadeln. Wie wird sich die Situation gestalten, wenn »ein neues Stück des betreffenden Kritikers der Direktion vorliegt?« Die alten mußten, weil sie nicht mehr zogen, abgesetzt werden. Aber Buchbinders Kraft ist ja noch nicht versiegt. Und sollte nicht eine sechsläufige Kritik imstande sein, auch die elendeste dreiaktige Posse durchzusetzen? Die Schauspieler sind falsch berichtet. Sie halten Herrn Buchbinder, »dessen Arbeiten im Raimundtheater *sehr oft im Repertoire erscheinen*« für undankbar. Jeder Grund zur Klageführung entfällt, sobald die Arbeiten Buchbinders *öfter* als bisher im Repertoire des Raimundtheaters erscheinen. Sie weigern sich, in einem neuen Stücke dieses Autors aufzutreten?

So helfen sie ja das Übel, über das sie klagen, nur vergrößern, anstatt es zu beseitigen. Ihre Petition hätte lauten müssen: »Wir protestieren gegen die zu strengen Kritiken und *wir verlangen* darum, *möglichst bald* in ein einem neuen Stücke Buchbinders aufzutreten.« Die Direktion hätte dann tröstend auf die Zukunft verwiesen, da »ein neues Stück des betreffenden Kritikers noch nicht vorliege«.

* * *

Herr Dr. Th. v. Frimmel ersucht mich, zu konstatieren, daß er nicht der Autor — weder Veranlasser noch Verfasser — der Gegenüberstellung älterer und neuerer Urteile Muthers über Walter Crane ist, die ich in Nr. 70 zitiert habe. Der Artikel war in der 'Montags—Revue' unter der Chiffre »Oerindur« erschienen; in literarischen Kreisen wurde allgemein Herr Dr. v. Frimmel, der ja das kunstkritische Referat in jenem Blatte innehat, als der Urheber des drolligen Vergleiches genannt. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß außer Herrn Professor Muther auch alle anderen von Sezessionisten inspirierter Kunstkritiker — vor Herrn Servaes bis zu Frau Zuckerkanndl — von Walter Crane abtrünnig geworden sind. Sollte dies nicht damit zusammenhängen, daß Walter Crane, wenn er in Wien ausstellt, von dem Scala—Museum nicht abtrünnig werden will?

* * *

Im Texte eines der letzten Abendblätter der 'Neuen Freien Presse' fanden die Leser wieder einmal die Mitteilung, daß ein irgendwo in Deutschland erschienenenes, ein trauriges Kapitel aus der Geschichte der österreichischen Herrscherfamilie behandelndes Buch vom Landesgerichte verboten worden ist. Die Verbote derartiger, auf die ekelste Sensationslüsternheit spekulierender Bücher wiederholen sich ebenso oft wie die darauffolgende Bekanntmachung der Verbote in gewissen Tagesblättern. Da nun von den österreichischen Gerichten recht viele Druckwerke, darunter bekanntlich auch der Verbreitung werthe, unterdrückt werden, die gewissen Blätter aber fast ausnahmslos nur die Verbote jener pikanten Lektüre mit Behagen veröffentlichen, so liegt die Vermutung nahe, daß Bekanntmachungen solcher Art von den Verlegern *inseriert* werden. Man könnte nun die Frage aufwerfen, wie sich die Schamlosigkeit der *Verbotsreklamen* mit den von der Tagespresse zum Überdruß forcierten Loyalitätsäußerungen reimt. Aber die Antwort ergibt gerade ein Rückblick auf die Serie der in einem Monat inserierten *Kaiserworte*¹. Unsere liberale Tagespresse ist alles eher als inkonsequent: sie gibt ihre antidynastische Gesinnung nicht gratis her, wenn sie sich ihre Loyalität bezahlen ließ.

* * *

Das Inseratenwesen darf sich bei uns Ausschreitungen erlauben, die den politischen Publizisten mit Neid erfüllen müssen. Gerade in jenem Teil unserer Presse, der am besten bezahlt ist, herrscht auch die größte Preßfreiheit. Der Größenwahn der Händler scheut vor keiner gesetzlichen Schranke zurück, und man erinnert sich, daß z. B. in früheren Jahren ein Paprikavereschleißer mit Vorliebe Thron und Altar für Zwecke seiner Firma verwendet hat und so lange in den Spalten einer willigen Presse seine Erlösersendung

1 s. Heft 65 & 67

verkünden durfte, bis sein Geist wirklich ein Opfer des Wahnes wurde. Eine Zeitung hat neulich allen Ernstes versichert, daß sich der Kaiser für eine Brot-sorten besonders interessiere, und ein Pelzhändler schien dem Glauben zu leben, daß ein Thron ohne ein davorliegendes Eisbärenfell unmöglich zu denken sei. Was aber bedeuten all diese Träume gegen den Ehrgeiz jenes Mannes, der in der Mariahilferstraße hygienisch—hermetisch verschließbare und geruchlose Apparate erzeugt? Herr Scharf hat sich als Beförderer seines Hochflugs eingestellt und am 18. März unter dem Titel »Ein neues, sehenswertes, echt großstädtisches Etablissement« den Ruhm jenes Mannes verkündet. Der Schlußsatz des Berichtes aber lautete wörtlich: »Die Firma hat die hohe Ehre, *allerhöchste und hohe Persönlichkeiten* zu ihren *stabilen Kunden* zu zählen.« Hohe Persönlichkeiten sind immer — herablassend

* * *

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS

Alexander. Einsendung willkommen.

Professorenfeind. Es ist doch merkwürdig, daß alle Einsender, denen man ein Manuskript zurückschicken muß, nachträglich mit der Insinuation aufwarten, ich »traue« mich nicht, gegen die in dem Artikel besprochenen Zustände oder Personen einzuschreiten. Auch Sie versichern mir, es hätte sich Ihnen, als Sie Ihre Abhandlung gegen die Gymnasialprofessoren zurückbekamen, »der Gedanke aufgedrängt«, daß ich »Bedenken trage, gegen den gesamten Stand aufzutreten«. Schütteln Sie nur den lästigen Gedanken wieder ab; er ist noch unsinniger als die Zumutung, Ihr neunzig Druckseiten umfassendes Manuskript zu lesen. Ich habe es zurückgeschickt, weil ich zu solcher Lektüre nicht die Zeit und nicht die Lust habe und nie daran denken könnte, eine so umfangreiche Abhandlung, und wäre sie die Quintessenz pädagogischer Weisheit, in mein Blatt aufzunehmen. Mit der Prüfung des Manuskripts auf seine sachliche Eignung für die 'Fackel' habe ich mich gar nicht abgegeben. Und es nützt darum nichts, wenn Sie mir jetzt versichern, die Publikation würde mir zwar die Lehrer zu Feinden machen, dafür aber so viele Anhänger gewinnen, daß die Zahl der Gegner verschwände; »denn Mittelschulprofessoren« — schreiben Sie axiomatisch — »sind sehr wenig beliebt, dafür aber umsomehr das Gegenteil«. Ja, Sie sind sogar »überzeugt«, ich hätte mit der Veröffentlichung Ihres Aufsatzes eine »Tat« ausgeführt. Dieser Überzeugung sind freilich mehr [oder] minder alle Einsender. Aber sie haben es mit einem schwachen Geschlecht von Redakteuren zu tun, das schon vor dem ANBLICK eines neunzigseitigen Aufsatzes zaghaft zurückweicht.

Anonymus. Die »Warnung« in Nr. 69 ¹ sollte natürlich nur die Verfasser von Schmähen— und Drohbrieffen abschrecken. Vielleicht zügelt diese tapfere Gesellschaft den lästigen Eifer, wenn sie vernimmt, daß ihre Fährte vor Entdeckung nicht gefeit ist. Gegen anonyme Mitteilungen von Tatsachen, die der publizistischen Verwertung zugeordnet sind, wollte ich mich nicht schützen. Ich kann nicht jedem, der mir etwas im Interesse der Öffentlichkeit berichten

1 In Heft 70 # 22

möchte, zumuten, daß er mit seinem Namen unterschreibe, und hier ist es bloß mein Bestreben, mich durch nachträgliche sorgfältige Überprüfung des Mitgeteilten gegen Irreführung zu schützen. Sie mögen unbesorgt sein. Ich werde das Bertillon'sche Verfahren ausschließlich auf Zuschriften anwenden, deren Verfasser das Versteck der Anonymität zur straflosen Beschimpfung oder Bedrohung meiner Person zu beziehen glaubten.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: **K a r l K r a u s.**
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.